



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Schlechte Regierungen

Schlechte oder böse Regierungen, „Bad Government“ – dieser Begriff wurde von internationalen Wissenschaftlern bei der Balaton-Gruppe 2022 anhand von sieben Punkten definiert.

1. Planung zweckloser Projekte auf der Grundlage betrügerischer Daten und Prämissen. Großprojekte der Eisenbahn, insbesondere Basistunnel parallel zu bestehenden Autobahnen oder parallel zu bestehenden Eisenbahnen sowie Autobahn- und Schnellstraßenprojekte und „Straßenausbauten“ verlangen eine dringende Prüfung.

2. Ausschluss der Öffentlichkeit und unabhängiger Fachleute. Überall, wo sich selbstlose Bürgerinitiativen gebildet haben, wird das „Bad Government“ der Gemeinde, der Stadt, des Landes oder des Bundes dann sichtbar, wenn sie sich „verlässlicher Gutachter“ bedienen und den Kontakt zu qualifizierten Fachleuten scheuen.

3. Diese Regierungen zerstören die Umwelt, die sie eigentlich schützen sollen. Leider ist kein Bundesland zu finden, auf das dies nicht zutrifft.

4. Meineide durch falsche Tatsachen vor Gericht.

5. Beihilfen zur Vorbereitung und Förderung von illegalen Projekten, während gleichzeitig legale Projekte übergangen oder behindert werden.

6. Demonstration der gewohnheitsmäßigen Missachtung des Rechts oder gerichtlichen Anordnung, deutlich bei der S1-Süd, Prinzipien der Bundesverfassung bei Großprojekten und den Zielen der Raumordnungsgesetze durch Bauordnungen.

7. Sie vergessen, dass sie Diener der Menschen sind und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig.

Das trifft nicht nur für Regierungen zu, sondern auch für Entscheidungsträger auf jeder Ebene der Politik und Verwaltung. Es umfasst auch alle Eingriffe, die angesichts von Klimawandel und des Artensterbens die Lebensraumzerstörung betreiben, wie Baulandausweitung, Bodenversiegelung, die Rasenwüsten in Siedlungen bis zur bodenzerstörenden Landwirtschaft und der Massentierhaltung.

Es sind Auswüchse einer Ideologie des unendlichen Wachstums und der Wahnvorstellung der Beherrschbarkeit des Planeten. Regierungen, die Entscheidungen mit absehbar negativen Folgen treffen, die weit über ihre politische Periode hinausreichen, sind „Bad Governments“. Eine Verantwortung, die heute schon von den Kindern und morgen von den Enkelern eingefordert wird, denen wir Verwüstungen hinterlassen.

Bunkern für die Krise

Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise bestimmen die Nachrichten. Immer mehr Menschen wollen für den Notfall vorsorgen.

Wasser und Essen für zehn bis 14 Tage, auch solches, das kalt schmeckt, Taschenlampen und Kerzen, das ist die Grundausrüstung für den Notfall. Ein Kurbelradio, eine Kochstelle und Nottoiletten sollten laut Fachleuten ebenfalls nicht fehlen.

„Es ist vielen zwar bewusst, dass sie Trinkwasser bevorraten müssen, allerdings ist ihnen nicht klar, dass die Kanalisation zusammenbrechen kann“, sagt Michael Hammer, der oberösterreichische Zivilschutz-Präsident. Etwa, wenn bei einem „Blackout“, einem großflächigen Stromausfall auch Pumpen betroffen sind.

Für den Fall gibt es Nottoiletten-Beutel, die unter der Klobrille eingeklemmt werden. Auch eine Notkochstelle sollte vorhanden sein. „So manch einer hat dafür noch ein altes, stromunabhängiges Fondüeset zu Hause“, meint Michael Hammer. Campinggaskocher empfiehlt sein Verband nicht, stattdessen die Zivilschutz-Kochstelle, die mit Brennpasten funktioniert.

Die Wasserversorgung sollte bei einem Stromausfall aber „grundsätzlich gewährleistet sein, weil die Wasserverbände mit Notstrom-Aggregaten

vorsorgen“, beruhigt Heribert Uhl vom Zivilschutzverband Steiermark. In Städten wie Wien oder Innsbruck ist durch das natürliche Gefälle im Großteil der Stadt der Druck zudem hoch genug für die „Wasser-Sicherheit“.

Bei Stromausfall bricht Logistik zusammen

Zuletzt sind die Anfragen bei den Zivilschutzern massiv gestiegen. Große Firmen und offizielle Stellen bereiten sich schon länger auf ein „Licht aus“ vor. „Es ist nicht die Frage, ob es zu einem Blackout kommt, sondern nur wann“, zitiert eine Broschüre des Autobahnbetreibers ASFINAG Experten.

„Die erste Warnstufe ist die Strommangel-Lage“, erklärt der Zivilschützer Uhl, „dabei könnte es passieren, dass ganze Bezirke vom Netz genommen werden, um das Stromnetz wieder zu stabilisieren.“ Ein bis zwei Tage nach einem „Aussetzer“ sollte der Strom wieder fließen. Die Auswirkungen werden aber länger zu spüren sein. „Ohne Telefonnetz und Internet fehlt die komplette Kommunikation“, weiß Heribert